

Zusammenfassung der möglichen Einzelmaßnahmen zur Konsolidierung der Stadt Bremerhaven

Mögliche Einnahmeverbesserungen:

| Maßnahme: | 2012 | 2013 | 2014 f. | Beschlusslage | Hinweis |
|---|-------------|-------------|----------------|---|--|
| Tourismusabgabe *1) | 500.000 € | 500.000 € | 500.000 € | Lt. Koalitionsvereinbarung für Bremen als auch Bremerhaven vorgesehen | Gesetzgebungskompetenz liegt beim Land. |
| Gewerbesteuer *1) | | 4.200.000 € | 4.200.000 € | Lt. Koalitionsvertrag sind die Hebesätze insb. im Abgleich zu den Entwicklungen im Umland und in Bremen zu prüfen u. ggf. anzupassen. | Rechnerische jährliche Mehreinnahme bei einer Anhebung des Hebesatzes auf das Bremer Niveau. |
| Grundsteuer A *1) | | 1.700 € | 1.700 € | | |
| Grundsteuer B *1) | | 2.200.000 € | 2.200.000 € | | |
| Hundesteuer *1) | 100.000 € | 100.000 € | 100.000 € | Prüfuftrag der Koalition. | Rechnerische jährliche Mehreinnahme bei einer Anhebung des Hebesatzes auf das Bremer Niveau.. |
| Neuausschreibung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasnetze | - | - | unbekannt | | Ggf. durch (Teil-) Rekommunalisierung Mehreinnahmen möglich. |
| Neuausschreibung des Pachtvertrages Städtereklamе | - | - | - | | Mehreinnahmen ab 2016 werden bei Neuausschreibung angestrebt. |
| Angestrebte Fusion der Sparkasse Bremerhaven mit der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln | - | unbekannt | | | Haushaltsentlastungen durch Ausschüttungen möglich. |
| Erhöhung der Parkgebühren auf öffentlichen Flächen | keine | keine | keine | Bisher keine politische Beschlussfassung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gegeben | Da die Nutzung der öffentlichen Parkflächen zurückgegangen ist, werden die Mehreinnahmen nur dazu dienen, den bisherigen Haushaltsansatz zu erreichen. |

| | | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|--|---|
| Einführung einer Straßenreinigungsgebühr | | | unbekannt | Bisher keine politische Beschlussfassung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gegeben | Ein Anteil der Kosten von 2,4 Mio.€ für die Reinigung der öffentlichen Straßen und Plätze und für den Winterdienst könnte über eine entsprechende Gebühr refinanziert werden. |
| Erhöhung von Bußgeldern für Schulverweigerer | unbekannt | unbekannt | unbekannt | | |
| Einrichtung und Betrieb eines Tierfriedhofes | | unbekannt | unbekannt | Prüfauftrag der Koalition | |
| Einführung für die Sondernutzung von öffentlichen Grünanlagen | 5.000 € | 5.000 € | 5.000 € | Eine politische Entscheidung ist darüber nicht getroffen. | |

- *1) Mögliche Einnahmeverbesserungen laut Vorlage Nr. II/52/2011 für den Magistrat

Mögliche Ausgabereduzierungen:

| Maßnahme: | 2012 | 2013 | 2014 | Beschlusslage | Hinweis |
|---|-------------|-------------|-------------|---|--|
| Strukturelle Anpassung und Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Land Bremen | unbekannt | unbekannt | unbekannt | Eine Übersicht von Projektanträgen wurde vom Magistrat an die Senatorin für Finanzen weiter geleitet. | Das Verfahren wird von der Senatorin für Finanzen betrieben. (Vorlage Nr. I/171/2011 für den Magistrat) |
| Kürzung des Sachmittelhaushaltes (ohne Drittmittel) um 2 % im Bereich Umweltschutzamt auf Grundlage des aktuellen Budgets | 2.800 € | 2.800 € | 2.800 € | | Das Geld soll dauerhaft eingespart werden. |
| Aufgabe von Schulstandorten | unbekannt | unbekannt | unbekannt | | Laufende Prüfung eines Schulstandortes im Sekundarbereich I (Kantschule(Humboldtschule) oder die Möglichkeit der Aufgabe des Nebengebäudes Fichteschule. |